



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836890

P/XVI/244 - 28. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Ein Rufer in der Wüste</u> Zu Kiesingers Kritik an den Koalitionsverhandlungen	36
2 - 3	<u>"Das Beste für Hamburg"</u> Am 12. November sind Bürgerschaftswahlen - Sozialdemokraten gut gerüstet	61
4 - 5	<u>Ein Stück deutscher Geschichte</u> Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz - Eine wertvolle Bucherscheizung	65
6 - 7	<u>Faulenzer und andere Parasiten</u> Sowjetunion hat immer noch Schwierigkeiten mit den "Überresten der Vergangenheit"	64

* * * * *
* * *

Ein Rufer in der Wüste

sp - In die Kritik an dem Bonner Trauerspiel, genannt Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU/CSU und der FDP, hat sich nun auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kiesinger, ehemals ausenpolitischer Experte der CDU, eingeschaltet. Er gab damit einen weitverbreiteten Unbehagen in der Bevölkerung Ausdruck. Die bedrohliche weltpolitische Situation erfordert nach Ansicht Kiesingers ein Zurückstellen "von Vorurteilen und untergeordneten Meinungsverschiedenheiten zugunsten einer gemeinsamen Verantwortung".

Kiesingers Kritik trifft ins Schwarze. Er steht auch nicht allein mit seiner Verurteilung der Bonner Kurzsichtigkeit. Viele verantwortungsbewusste Männer und Frauen fragen sich besorgt, ob nicht jetzt die Stunde gekommen sei, angesichts der sich gefährlich zuspitzender Entwicklung alles Trennende hinten zu stellen und nach einer Plattform zu suchen, von der aus die deutsche Stimme kraftvoller zu Gehör gebracht werden kann. Das Bauziehen um die Bildung einer kleinen Koalition zwischen CDU/CSU und FDP, die darin zum Ausbruch gekommenen Rivalitäten und das abgrundtiefe Misstrauen, das die Geburtswehen dieser kleinen Koalition begleitet, bringen heute schon die Bundesrepublik ausenpolitisch in Misskredit. Die Regierungen der Verbündeten pochen immer heftiger auf eine Entscheidung.

"Die Bundesrepublik ist immer weniger in der Lage, gegenüber ihren atlantischen Partnern den Ernst der Stunde zu vertreten. Die Krise von Bonn zeigt, wie oberflächlich die meisten deutschen Geister und Herzen die Krise von Berlin empfinden. Wenn das nicht der Fall wäre, hätte die Bundesregierung seit langem eine Regierung der nationalen Einheit an ihrer Spitze."

Dies schrieb die Pariser Zeitung "Le Monde", ein ob ihrer Zurückhaltung bekanntes Blatt von Voltrauf. Ähnliche kritische Stimmen, auch von uns gutgesinnten Freunden im Auslande, liessen sich zu Dutzenden anführen.

Wie es heisst, sollen die Koalitionsverhandlungen am Montag weitergehen. Aderauer will sich bemühen, der erzürnten FDP die Zornesfalten wieder zu glätten. Aber was immer auch aus diesem Ringen um die innenpolitische Beuteverteilung in den nächsten Tagen herauskommen mag, es wird dem Ernst der Lage nicht gerecht werden. Jeder Versuch einer gemeinsamen Aussenpolitik stösst auf die Sabotage mächtiger Kräfte in der Kanzlerpartei. Für sie ist es wichtiger, die Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung auszuschalten, als nach dem Gebot zu handeln, das die weltpolitische Entwicklung uns allen auferlegt. Kiesinger dürfte zunächst noch ein Rufer in der Wüste bleiben.

"Das Beste für Hamburg"

sp - Am 12. November findet in der Freien und Hansestadt Hamburg die Bürgerschaftswahl statt, eine Wahl, in der sich landes- und kommunalpolitische Aspekte verdichten und die dennoch im Schatten der Bundestagswahl vom 17. Oktober und der darn stattgefundenen bundes- und aussenpolitischen Ereignisse steht. Die weltoffene Bevölkerung der liberal und sozial empfindenden Hansestadt im Norden an der Küste wird dann zu entscheiden haben, ob sie ihre landes- und kommunalpolitischen Probleme weiterhin einer Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten anvertrauen will. Sie wird aber zugleich darüber urteilen, was sie von der neuen Koalitionsbildung in Bonn und von der Art, wie die Regierung Adenauer nach der Bundestagswahl die grossen Fragen der Nation behandelt hat, denkt.

Die Sozialdemokraten, die in der letzten Legislaturperiode eine faire Wachaßlösung von Bürgermeister Brauer zu Bürgermeister Nevermann in der Hansestadt vorgenommen haben, können wieder mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Sie haben aber schon jetzt zu verstehen gegeben, dass sie bereit sind, aufs neue mit den Freien Demokraten zu koalieren. Sie sind zu dieser Hoffnung berechtigt, denn bei der letzten Bundestagswahl (die für sie immer weniger Stimmen brachte als es bei der Bürgerschaftswahl der Fall ist) erhielten sie 46,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, während es 1957 44,8 Prozent waren. Die Freien Demokraten zogen von 9,4 auf 15,7 Prozent an, während die Christlichen Demokraten von 37,4 auf 31,9 Prozent zurückfielen.

Nun mag es sein, dass die zweifellos von den Freien Demokraten in Hamburg mit Unbehagen empfundene Haltung der FDP-Spitze zur Bonner Koalitionsfrage dieser Partei in der Hansestadt Stimmen kosten wird. Gerade das Wort Mendes: "Niemaß unter Kanzler Adenauer" brachte doch der FDP den grossen Auftrieb. Daneben macht sich bei den Christlichen Demokraten in Hamburg ein steigendes Unbehagen über die erneute Kanzlerschaft Adenauers breit - man braucht da nur an ihren.

Abgeordneten Bucerius zu erinnern. Es wird wohl auf einen weiteren erheblichen Stimmenrückgang der CDU in Hamburg hinauslaufen.

Unabhängig von diesen Tendenzen, die den Sozialdemokraten zweifellos zugute kommen werden, haben sie jetzt ihre Regierungsleitsätze für die kommenden vier Jahre der Öffentlichkeit unter dem Motto "Das Beste für Hamburg" unterbreitet. Im Mittelpunkt steht die Verkehrs-, Handels-, Wirtschafts- und Schulpolitik. Der Bau neuer U-Bahn- und Schnellbahnlinien soll vorangetrieben und ein Gemeinschaftstarif für alle öffentlichen Verkehrsmittel eingeführt werden. Stadt-Autobahnen sollen in den nächsten vier Jahren entstehen, ein zweiter Elbtunnel und ein Strassentunnel unter die Aussenalster gebaut sowie vier weitere Grossparkhäuser errichtet werden.

Über die Erweiterung des Hamburger Handelshafens - der immer stärker dem Konkurrenzdruck der anderen Nordseehäfen und der ostzo-nalen Ostseehäfen ausgesetzt wird - sowie über den Bau des Vorhafens am Elbeausgang im Wattenmeer ist schon beschlo-sen worden. Die Ham-burger wollen aber auch, dass nun endlich der Nord-Süd-Kanal von der Elbe bis ins Salzgitter-Gebiet zum Mittelhandkanal gebaut wird. Da wird eine starke Regierung in der Hansestadt notwendig sein, um dem Bund zu sagen, was er den Menschen an der Küste schuldig ist.

Der Elternschaft in Hamburg ist mitgeteilt worden, dass die Schülerzahl je Klasse weiter reduziert werden soll, wobei man nicht erst am Ende der nächsten Legislaturperiode das Ziel: "In keiner Volksschulklasse mehr als 35 Schüler" zu erreichen gedenkt. Nicht zuletzt wird es in Hamburg darum gehen, mehr Techniker und Ingenieure als Vorstufe für eine spätere Technische Hochschule auszubilden und Wohnheime für mindestens 2 000 deutsche und ausländische Studenten zu errichten.

Um diese grossen Aufgaben in der weltoffenen Hansestadt zu er-reichen, bedarf es einer Regierung, die wiederum von den Sozialdemo-kraten geführt wird.

Ein Stück deutscher Geschichte

Bdt. - In den Abendstunden des 11. Mai 1878 meldeten Extrablätter, wie überall, so auch in Braunschweig, der Bevölkerung das Attentat, das wenige Stunden zuvor in Berlin auf den deutschen Kaiser verübt worden war. Was hatte den Attentäter, den Kleinpauer Hödel, zu seiner Tat getrieben? Hatte er wirklich nur aus Hunger, Not und Verzweiflung angesichts einer grossen Öffentlichkeit demonstrativ aus dem Leben scheiden wollen, oder verbarg sich hinter dem unscheinbaren Witzkopf eine revolutionäre Verschwörung gegen Kaiser und Reich, gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft?

Der "Braunschweiger Volksfreund" betonte die grundsätzlich anti-terroristische Haltung der Sozialdemokratie: "Taten, wie die gegen den Kaiser verübte, erfüllen uns mit Trauer ... Wir haben uns stets gegen Attentate ausgesprochen ... Wir bekämpfen wohl Systeme, nie aber Personen." Aber die konservative und liberale Presse benutzte das Attentat zu einer heftigen Kritik der sozialistischen Bewegung. "Wir sagen; die Lehren der Sozialdemokratie sind es, die den Mann halb toll gemacht haben", erklärte die konservative "Braunschweigische Post". Das liberale "Braunschweiger Tageblatt", das zunächst recht zurückhaltend und sachlich berichtet hatte, eröffnete nach einigen Tagen ebenfalls den Angriff auf die Sozialdemokratie.

Zehn Tage nach dem Attentat veröffentlichten die Braunschweiger Zeitungen den von der preussischen Regierung ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes "zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen". Jedoch diese Vorlage scheiterte im Parlament. Aber die Spannung der Maitage war kaum abgeklungen, als die Schüsse Dr. Nobilings und die schwere Verwundung des Kaisers die Nation erneut in einen Zustand höchster Erregung versetzten. Bismarck sah jetzt die Stunde gekommen, mit der Sozialdemokratie auch den deutschen Liberalismus zu treffen, die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag durch Panikwahlen zu verschieben und damit die grosse innenpolitische Schwenkung zu vollenden. Ein nicht abbreissender Strom sensationeller Meldungen, Spekulationen und

Verdächtigungen schuf in Kürze einen Zustand der Panik und Massenhysterie, die jede ruhige Beurteilung der Tat und der politischen Lage so gut wie unmöglich machte.

Der sozialdemokratische "Volksfreund" verwies mit gutem Recht auf das Gesetz der Serie, das bei Kapitalverbrechen immer wieder zu beobachten sei, und er warnte die anderen Parteien vor dem gefährlichen Spiel, auch aus dem neuen Attentat politisches Kapital schlagen zu wollen. Aber die Hetze begann von neuem. Als erste behauptete die konservative "Post", Nobiling sei Sozialdemokrat. Dann stieg auch das liberale "Tageblatt" ein und überschrieb noch die "Post": "Haltet fern von Euch und Eurem Heim den schleichenden Feind, der Euren Herd zu zertrümmern trachtet, Eure Kinder in Sklaverei zu werfen bereit ist und Euer bürgerliches Dasein in einem Meer von Blut und Tränen zu ersäufen strebt!" In einer Sprache, die wir heute faschistisch nennen würden, rief es das Bürgertum auf, es müsse den Sozialdemokraten zeigen, dass "jede Berührung mit ihnen ein Greuel sei". Es musste zwar bald einräumen, in den Tagen nach dem Attentat habe nicht selten "die Phantasie anstelle der Wahrheit das Wort geführt", aber die gesellschaftliche Ächtung der Sozialdemokratie hatte nun begonnen.

Sie nahm groteske Formen an, wie man sie sich heute nicht mehr vorstellen kann. Dieses trübe Kapitel deutscher Geschichte einmal anhand einer Stadt unter die Lupe zu nehmen, erweist sich als äußerst aufschlussreich. Der verdienstvollen Mühe hat sich Professor Dr. Eckert in seinem neuesten Geschichtswerk "Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz" unterzogen. (Der Band, herausgegeben vom Braunschweigischen Geschichtsverein, ist soeben in der Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag, Braunschweig, erschienen; 355 Seiten, 16,- DM). Georg Eckert hat die Lokalpresse, die Parteiarchive und die Polizeiakten ausgewertet. Er hat sich zur Aufgabe gesetzt, die "untere Ebene" der Parteigeschichte zu erforschen und hat wichtige Einzelheiten zum Gesamtverständnis der deutschen Parteigeschichte zutage gefördert. Die detaillierte Dokumentation über lokale Quellen, verbunden mit einer gründlichen Kenntnis der Gesamtentwicklung der Sozialdemokratie, machen den einzigartigen Wert dieser Schrift aus.

Faulenzer und andere Parasiten

(rh) Die Erregung Chruschtschows in seiner Parteitage Rede über das Parasitentum, die Halbstarken und die religiösen Vorurteile sowie seine Forderung nach einem entschiedenen Kampf gegen diese "Überreste der Vergangenheit" sind das Spiegelbild unzähliger Betriebsdebatten und theoretischer Betriebskonferenzen, die in den Monaten vor dem Parteitag landauf landab in der ganzen UdSSR veranstaltet wurden. Die Partei, die binnen zehn bis zwanzig Jahren den Kommunismus verwirklichen und so die "schönste Gesellschaftsordnung der Erde" schaffen will, sieht sich offenbar rechtzeitig nach Sündenböcken um, die für die unvermeidlichen Pannen verantwortlich gemacht werden können.

Wenn von "Überresten der Vergangenheit" die Rede ist, so sind damit durchaus nicht Sowjetbürger, die noch in die vorsowjetische Zeit zurückreichen, als Akteure gemeint. Wer da noch lebt, ist heute 70 Jahre und noch älter, denn selbst die heute 60-Jährigen gehörten bei Beginn der Revolution als 16-Jährige bereits dem Nachwuchs an, dem das Regime sofort zu beeinflussen und zu formen begann, nachdem er Krieg und Bürgerkriegszeit überlebt hatte. Die heute als Faulenzer und Parasiten bezeichnet werden, sind ausnahmslos durch die kommunistische Schule gegangen, die Halbstarken sind bereits die zweite Generation unter dem Sowjetstern. Es handelt sich somit nicht um "Überreste der (kapitalistischen) Vergangenheit", sondern um das Strandgut einer staatlich gelenkten Ordnung, die bisher, wenigstens offiziell, von menschlichen Schwächen frei zu sein vorgab.

Die Zahl der Faulenzer und Parasiten muss sehr gross sein, denn die sowjetischen Zeitungen haben vor dem Parteitag dieser Angelegenheit einen überraschend grossen Platz gewidmet. Als sich das "mehrfach mit Orden ausgezeichnete" Ishorsker Werk in zahlreicher Konferenzen mit dem neuen Parteiprogramm befasste, brachte die Moskauer "Prawda" darüber einen viele hunderte Zeilen langen Bericht. Der Grossteil dieses Berichtes befasste sich mit den Bemühungen der Belegschaft, sich von den "Vorurteilen und Überresten der Vergangenheit" zu befreien. Die "alte Welt" (von vor 1917?) habe sich zwar "nur in den Herzen

einiger Menschen" noch tief eingegraben, jedoch "hemmten sie den Weg zum Kommunismus". Gegen Nichtsteuer, Spekulanten und Diebe am Volkseigentum müsse man, so lehre es die Partei, unduldsam sein.

Um wen es sich präzise handelt, erfährt man gleichfalls aus der "Prawda" und aus anderen sowjetischen Zeitungen. Verurteilt würden "mit vollem Recht" diejenigen, die essen wollen, ohne zu arbeiten. Das "Volkes Wille" sei es, Schmarotzer und Diebe sowie Rowdys nicht zu dulden. Wenn einer monatlich nur 70 bis 80 Rubel (!) verdient und er baut sich ein Sommerhaus, kauft sich ein Auto und bezahlt grosse Zechen, dann müsse man solche Leute "unter die Lupe nehmen". Andere Zeitungen berichteten von "Spiessern und Raffern", deren Tätigkeit "leider" noch nicht strafbar sei. So wurde ein Photograph in Dshambul (Kasachstan) namentlich genannt, der von Bettelbriefen lebe und auf die Hilfsbereitschaft anderer spekuliere, obwohl er ein Haus besitze und zu seinen "Interventionsreisen" nach Moskau nur das Flugzeug benutzen soll.

Über die "persönliche Nutzung von Gegenständen von bedeutendem Wert" - anscheinend erregten Landhäuser (die Datschen), Luxusautos und die Wohnungen der Funktionäre sowie der Betriebsleiter den Neid der Besitzlosen - hat man sich nach der "Prawda" in den Ishorsker Werk auf folgende Formel geeinigt: "Sind sie (die Gegenstände von bedeutendem Wert) durch Arbeit erworben und dienen sie zur Befriedigung vernünftiger Bedürfnisse des Menschen, verbessern sein Leben, dann wird keiner auf die Idee kommen, ihren Besitzer als Dieb oder Vecherer zu bezeichnen. Falsch ist es aber, sich an den Dingen zu bereichern, dann entwickeln sich bei den Menschen Ausbeuterinstinkte, kleinbürgerlicher Individualismus, und sie werden zu Sklaven der Dinge". Befriedigung oder Bereicherung, das ist die Frage, die, wie man sieht, auch die "Prawda" nicht selbst beantworten kann und sich deshalb auf ein "Wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht nass" einlassen muss.

Ein Phänomen bleibt es auf jeden Fall, dass sich auch unter den Kommunismus nach mehr als 40jähriger Herrschaft und Wirksamkeit "Ausbeuterinstinkte" entwickeln können.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler